

# Wahlprogramm für die Bezirksversammlungswahl 2024

## Mobilität

Mobilität ist Freiheit. Wir Freie Demokraten setzen auf eine Verkehrspolitik in Hamburg-Nord, die persönliche Vorlieben berücksichtigt, vielfältige Mobilitätsangebote schafft und unterschiedliche Interessen der Verkehrsteilnehmer ausgleicht. In einem dicht besiedelten Bezirk wie Hamburg-Nord gibt es vielfältige Ansprüche an Mobilität und Verkehr. Durch Zuverlässigkeit, Sicherheit und optimiertes Verkehrsmanagement wollen wir dafür sorgen, dass gegenseitige Behinderungen von motorisiertem Verkehr, Fahrradverkehr, dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Fußgängern minimiert werden. Denn der öffentliche Raum steht allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung.

Daher versprechen wir Freie Demokraten die Liberale Mobilitätszusage für Hamburg-Nord: Allen Bürgern soll in unserem Bezirk ermöglicht werden, mit öffentlichen Verkehrsmitteln die zentralen Verkehrsknotenpunkte und ihren Arbeitsplatz mindestens so schnell zu erreichen wie mit dem Auto. Hamburg-Nord braucht eine Mobilitätsoffensive, die für einen zuverlässigen und angebotsorientierten statt mangelhaft nachfrageorientierten ÖPNV steht. Hierzu gehören auch klar definierte und verbindliche Wartezeitobergrenzen sowie eine flächendeckend angemessene Erreichbarkeit der Haltestellen.

Hingegen lehnen wir Freie Demokraten strikte Verbote bestimmter Technologien und flächendeckende Verdrängungsmaßnahmen wie das Anwohnerparken ab. Vielmehr fordern wir, dass sich das Bezirksamt Hamburg-Nord gegenüber dem Senat dafür einsetzt, dass die Stadt mehr Anreize für den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel setzt.

Neben dem Individualverkehr muss auch der Lieferverkehr mitgedacht werden. Deshalb setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass mehr Haltezonen für den Lieferverkehr an Hauptstraßen eingerichtet werden. Die gerade in unserem Bezirk Hamburg-Nord bestehenden Wasserstraßen könnten nach einer Machbarkeitsprüfung in den Liefer- und Personenverkehr mit einbezogen werden.

- Die flächendeckende Einführung von Anwohnerparken über die flughafennahen Wohngebiete hinaus lehnen wir ab. Die Nutzung des Parkraums in unserem Bezirk muss diskriminierungsfrei für alle Nutzergruppen möglich sein.
- Die vom Bezirk betriebene systematische Verknappung von Stellplätzen durch zum Beispiel unbegründete Sanktionierung von Schrägparken muss ein Ende haben.
- Zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV soll die Taktung der U-Bahnlinie U1 ab Ohlsdorf Richtung Ochsenzoll sowie der U3 zwischen Barmbek und

Wandsbek-Gartenstadt mit dem übrigen verdichteten Angebot harmonisiert werden und somit länger im Fünf-Minuten-Takt fahren.

- Das Busangebot des ÖPNV muss ausgebaut und verdichtet werden. Deshalb setzen wir uns unter anderem für eine bessere Anbindung des Planetariums ein, indem die Metrobuslinie M6 nach Norden bis Alsterdorf verlängert werden soll. Zudem wollen wir den Nachtverkehr auf die Metrobuslinien M23 (auch westlich von Barmbek) und M24 ausdehnen, denn gerade für junge Leute hat sich der durchgehende Nachtbetrieb an Wochenenden bewährt.
- Die Planung eines neuen großen P&R-Platzes am Bahnhof Langenhorn-Nord soll vorangetrieben werden.
- Kurzfristig muss die Anbindung des UKE durch eine verkürzte Taktung der angeschlossenen Buslinien verbessert werden. Insbesondere soll die bisher zwanzigminütig zwischen UKE und S-Bahn-Krupunder bestehende Busverbindung zukünftig fünf-, mindestens aber zehnminütig getaktet werden.
- Das Stadtradsystem wollen wir im gesamten Bezirk Hamburg-Nord ausbauen, damit zum Beispiel auch mehr Menschen in Fuhlsbüttel und Langenhorn stärker davon profitieren können.
- Gute Radverkehrsinfrastruktur wird nicht gemalt, sondern gebaut. Wir fordern daher Radwege, die allen Nutzergruppen unabhängig von Alter und Fähigkeiten eine sichere und effiziente Mobilität ermöglichen.
- Die Sanierung von Straßen, Rad- und Fußwegen muss intensiviert werden. Es gibt noch zu viele Wege in unserem Bezirk, die einen unzumutbaren Zustand aufweisen. Baulich getrennte Radwege sollen als Angebot erhalten bleiben und saniert werden sowie, wo möglich, an heutige Standards angepasst werden.
- Die Straße Nedderfeld muss endlich vierspurig ausgebaut werden, um den Stadtteil Groß Borstel vom Durchgangsverkehr zu entlasten.
- Der gemeinsame Rad- und Fußweg an der Langenhorner Chaussee bringt für alle Beteiligten Gefahren und Unannehmlichkeiten. Die aktuell geplante Verlagerung des Radverkehrs in Nebenstraßen geht jedoch ebenfalls am Bedarf vorbei. Die FDP fordert stattdessen einen Ausbau (Verbreiterung und Asphaltierung) der Freizeitroute 12, die vom Beginn der Flughafenumgehung bis zur Stadtgrenze nach Norderstedt weitgehend kreuzungsfrei nach Norden führt.
- Die von uns Freie Demokraten Hamburg-Nord bis 2014 durchgesetzte Bordsteinabsenkung an Straßenecken ist von Grün-Rot faktisch gestoppt worden. Wir wollen sie wieder intensivieren, damit auch ältere und gehbehinderte Menschen sowie Eltern mit Kinderwagen bequem die Straßen queren können.
- Auch an Einmündungen ohne Ampeln wollen wir die Markierung von Fußgängerfurten und Haltelinien für den Straßenverkehr durchsetzen, um so eine sichere Querung für Fußgänger zu schaffen.

- Priorität in der Planung von Fahrradrouten haben für uns vor allem der Abbau von Konflikt- und Gefahrstellen. So ist uns zum Beispiel eine sichere Querung der Richard- und der Wagnerstraße wichtiger, als sich über die bereits gut etablierte Lösung in der Von-Essen-Straße zu streiten.
- Wir setzen uns für eine einheitliche und lückenlose Ausschilderung der Velorouten im Bezirk ein.
- Das P&R-Konzept des Senats ist so zu verändern, dass die Plätze für ÖPNV-Nutzer kostenfrei sind, da nur so ein wirklicher Anreiz für den Umstieg auf U- und S-Bahn gesetzt wird.
- Feste Parkplätze für Carsharing-Modelle können vor Ort sehr sinnvoll sein, um diese Option attraktiv zu halten. Eine regelmäßige Überprüfung der Auslastung dieser Parkplätze vor Ort soll zur Anpassung der Kapazitäten dieser Parkplätze führen. Carsharing-Zonen sollen auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt werden.
- Ampeln an gering frequentierten Kreuzungen sollen nachts abgeschaltet werden, was auch zur Lärm- und Abgasreduzierung beiträgt.
- Bei der Grundsanierung von Straßen mit einer zugelassenen Geschwindigkeit ab 50 km/h fordern wir den Einsatz von Flüsterasphalt, da dieser erheblich zur Reduzierung von Verkehrslärm beitragen kann.
- ÖPNV-Haltestellen müssen dauerhaft im Abstand von höchstens 500 Meter erreichbar sein. Wo dies nicht anders umsetzbar ist, sollen zusätzlich private Anbieter wie zum Beispiel Moja einbezogen werden. Deren Angebote sollen barrierefrei für alle Bürgerinnen und Bürger veröffentlicht werden.
- Die Verlässlichkeit der ÖPNV-Fahrpläne muss hergestellt werden.
- Carsharing-Fahrzeuge müssen in allen Stadtteilen zur Verfügung stehen und dort auch auf öffentlichem Grund abgestellt werden können.
- Wir wollen das so genannte ‚Lissabonner Modell‘ einführen, das heißt: Unabhängig von festen Fahrplänen verkehrende Kleinbusse, die jederzeit auf festgelegten Strecken bestiegen und verlassen werden können. Die Befugnisse der Unteren Straßenverkehrsbehörde sollen von der Polizei auf die Bezirke verlagert werden, da dort der lokale Sachverstand sitzt.

Der Wintereinbruch Anfang 2024 hat gezeigt, dass Stadt auf die kalte Jahreszeit nicht gut vorbereitet ist. Vereiste Fahrbahnen, Geh- und Radwege haben nicht nur den Verkehr in Hamburg behindert, sondern vor allem Fußgänger und Zweiradfahrer gefährdet. Die zentrale Organisation des Winterdienstes durch die Stadtreinigung führt offenkundig zur Vernachlässigung von Nebenstraßen sowie Rad- und Gehwegen. Die FDP fordert daher:

- Die Entscheidung, welche Fahrbahnen, Geh- und Radwege in welcher Priorität von Eis und Schnee geräumt werden, muss auf die Bezirke verlagert werden, da dort die notwendige Ortskenntnis vorliegt.

- Den Bezirken muss ermöglicht werden, selbst zu entscheiden, ob sie die Stadtreinigung oder einen anderen Dienstleister beauftragen.
- Um diese beiden Punkte zu gewährleisten, werden die bisher auf der Landesebene veranschlagten Mittel auf die Bezirke verteilt.

## **Stadtentwicklung und Wohnungsbau**

Wer in Hamburg ein neues Zuhause sucht – sei es zur Miete oder als Eigentum – spürt seit Jahren den Wohnungsmangel in dieser Stadt: Die Mieten und lange Zeit auch die Kaufpreise steigen scheinbar unaufhörlich. Nur eine weiterhin starke Neubautätigkeit kann hier Abhilfe schaffen. Die einseitige Fixierung der Stadtentwicklungspolitik auf den Wohnungsbau muss aber durch Maßnahmen ergänzt werden, die dazu führen, dass sich die Menschen in den Quartieren auch wohl fühlen. Deshalb wollen wir Freie Demokraten auf der im Bezirk Hamburg-Nord zur Verfügung stehenden begrenzten Fläche ökologisch wertvolle Ressourcen wie das Diekmoor in Langenhorn erhalten und uns gleichzeitig für bezahlbaren Wohnraum einsetzen. Dies kann unserer Ansicht nach nur in Kombination aus maßvollem Neubau und behutsamer Nachverdichtung (Baulücken schließen, Geschosshöhen aufstocken und Dachgeschosse ausbauen) gelingen. Da wo es möglich ist, wollen wir Stadtquartiere zu neuen Formen von Stadtlandschaften entwickeln, die unter-einander bestmöglich vernetzt sind. Dabei gehen wir von einer Nutzungsmischung von Wohn- und Arbeitswelt aus, in der es vielfältige Freizeit-, Service- und Konsumangebote gibt sowie eine ausreichende gesundheitliche und pflegerische Versorgung gewährleistet ist. Dafür setzen wir uns unter anderem bereits bei den laufenden Projekten Barmbek-Süd 2 (Mesterkamp) und dem ehemaligen Industriegebiet „Petersenpark“ in Groß Borstel ein.

- Im Bereich der dicht besiedelten Stadtteile rund um die Alster wird es nur noch maßvolle Verdichtungsmöglichkeiten geben. Hier muss je nach Stadtteil entschieden werden, ob der Drittelmix aus Sozialwohnungen, frei finanziertem Wohnungsbau und Eigentumswohnungen an die Lage vor Ort angepasst wird.
- Dort wo es bisher noch ein- oder zweigeschossige Nachkriegsbauten gibt, wie zum Beispiel am Straßenzug Mundsburger Damm, Hamburger Straße / Oberaltenallee, Barmbeker Markt und Bramfelder Straße und allen anderen Magistralen, können wir uns eine höhergeschossige Straßenrand-bebauung vorstellen. Dies würde nicht nur mehr Wohnraum schaffen, sondern auch einen Lärmschutz für die dahinter liegenden Wohnquartiere bilden.
- Für die äußeren Gebiete der Stadt fordern wir, dass auch Einfamilien- oder Reihenhäusgebiete neu ausgewiesen werden und auf großen Einzelhausgrundstücken um 50 % höhere Grund- und Geschossflächenzahlen zu ermöglichen, damit junge Familien nicht gezwungen werden, zum Beispiel nach Appen, Ahrensburg oder Ammersbek zu ziehen, um ihren Kindern ein Aufwachsen im Grünen zu ermöglichen. Die Vorstellung von Rot-Rot-Grün, komplett auf Geschosswohnungsbau zu setzen, lehnen wir ab.

- Die Aufenthaltsqualität auf vielen öffentlichen Plätzen muss verbessert werden. Statt monothematischer Planungsaufträge sollen Neuplanungen im öffentlichen Raum schon in der Aufgabenstellung die Anforderungen aller möglichen Nutzergruppen berücksichtigen. So fordern wir zum Beispiel eine Neuplanung für das Umfeld des Bahnhofs Hamburger Straße, welche die Bedürfnisse aller Bürger aufnimmt.
- Baulücken sollen generell mit Gebäuden geschlossen werden, die sich der bisherigen Bebauung in Form und Optik anpassen.
- Ab einer bestimmten Größe von Wohngebieten fordern wir die Einrichtung von „Mehrzweckräumen“. Diese sollten so gut klimatisiert werden können, dass sie im Bedarfsfall als „Hitzeschutzräume“ bereitgestellt werden können. Dies insbesondere zum Schutz der Menschen, die extrem unter Hitze leiden und gesundheitliche Schäden davontragen können. Die Mehrzweckräume sollen zudem für Veranstaltungen und andere Zusammenkünfte nutzbar sein. Grundsätzlich sollten sie Raum bieten, die Gemeinschaft zu fördern sowie der Einsamkeit entgegenzuwirken.
- In öffentlich zugänglichen Wohnanlagen sollen diese Räume in ein Verzeichnis aufgenommen werden, das allen Generationen Auskunft gibt über die Beschäftigungsmöglichkeiten (zum Beispiel Tischtennisspielen, Tanzen, Gymnastik, Bühne) und die Kontaktdaten der Ansprechpartner für die Nutzung dieser Räume.

## Umwelt und Grün

Aufgrund der zunehmenden baulichen Verdichtungen und Versiegelung von Flächen in unserem Bezirk ist uns Freie Demokraten der Schutz unserer Parks und Grünanlagen besonders wichtig. Stadtgrün ist einer der wichtigsten Faktoren für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger: Es ist notwendige Voraussetzung für saubere Luft, für viele Freizeitaktivitäten und zur Erholung; darüber hinaus schenkt der Anblick gepflegter Grünflächen Lebensfreude und tut der Psyche gut. Die Grünanlagen in Hamburg-Nord, zu denen unter anderem der Stadtpark, das Alstertal und die Moore gehören, sind von sehr unterschiedlicher Natur, haben sehr unterschiedliche Funktionen und sind unterschiedlichsten Umweltbelastungen ausgesetzt. Um ihre Vielfalt zu erhalten, müssen dem Bezirk Hamburg-Nord mehr Ressourcen für die Pflege zur Verfügung gestellt werden. Nur so kann die Gartenbauabteilung auch Park-Ranger für Sauberkeit und Ordnung in den Grünanlagen beschäftigen. Dafür werden wir Freie Demokraten uns mit ganzer Kraft einsetzen.

- Wir fordern einen verbindlichen neuen Grünplan für den Bezirk Hamburg-Nord mit der Zielsetzung, bestehende Grünzüge und Grünflächen zu erhalten, zu pflegen und für die Zukunft zu sichern. Darin sollen die Naturschutz-, Landschaftsschutzgebiete und Ausgleichsflächen gesondert

gekennzeichnet sein und geschützt werden. Dieser Grünplan soll mit Beteiligung der Bürger entwickelt werden.

- Das Naturschutzgebiet Raakmoor soll um Flächen beiderseits des Raakmoorgrabens nach Süden erweitert werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Grünzüge entlang der Gewässer Bornbach, Tarpenbek und Raakmoorgraben sowie die Ausgleichsflächen mittels einer Landschaftsschutzgebiet-Ausweisung erhalten werden.
- Die wertvollen Mooregebiete Diekmoor und Raakmoor mit ihrem Artenreichtum und den wichtigen Überschwemmungsflächen dürfen nicht bebaut werden.
- Zur Erholung sollen in den Grünanlagen mehr Bänke – auch mit Rückenlehnen – aufgestellt werden.
- In den Grünanlagen und Naturschutzgebieten benötigen wir mehr Abfallbehälter, damit die Anlagen nicht vermüllt werden.
- Auch Hunde brauchen Raum, deshalb möchten wir mehr Hundewiesen ausweisen. Für die Entsorgung der Hundekotbeutel sollen auch dort ausreichend viele Abfallbehälter aufgestellt werden.
- Weitere Strecken des Alsterwanderweges müssen barrierefrei werden. Zu oft noch hindern zum Beispiel Treppen die Menschen mit Rollstühlen, Rollatoren und Kinderwagen daran, Erholungszonen zu erreichen.
- Neben Park- und Grünanlagen betrachten wir Urban Gardening als Bereicherung für die Quartierskultur. Deshalb werden wir, wo möglich und nötig, die Initiativen der Bürgerinnen und Bürger der Quartiere unseres Bezirkes politisch unterstützen.
- Vor dem Hintergrund des Artenrückgangs, gerade auch von Bienen und anderen Insekten, sollen Anpflanzungen und die Pflege von Grünanlagen künftig stärker auf deren Anforderungen hin ausgerichtet werden. Dies wollen wir weiter vorantreiben.

## **Wirtschaft und Gewerbe**

Die Gewerbetreibenden sind der Motor unseres Bezirkes, sie sorgen für Arbeitsplätze und damit auch für Steuereinnahmen, aber auch für Innovation. Wir müssen sie im Bezirk halten! Wir wollen und müssen aber auch verstärkt die Ansiedlung von neuen Gewerbetreibenden fördern sowie Unternehmen aus Wissenschaft und Technik gezielt umwerben, sich an einem unserer attraktiven Standorte in Hamburg-Nord niederzulassen. Dabei dürfen Politik und Verwaltung nicht nur die Großunternehmen im Auge haben, sondern müssen auch für die kleinen und mittleren Unternehmen effizienter Ansprechpartner sein. Andernfalls droht eine verstärkte Abwanderung ins Umland. Wir brauchen auch wieder mehr Handwerksbetriebe aller Gewerke im Bezirk Hamburg-Nord, um die Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger nach deren Bedürfnissen auf kurzen Wegen befriedigen zu können. Es ist nicht sinnvoll, alle Handwerker aus den umliegenden Bundesländern anreisen zu lassen.

- Die Öffnungszeiten der stationären Geschäfte sind auch an Sonntagen regelhaft freizugeben. Bis zur Herstellung der hierfür notwendigen grundgesetzlichen Rahmenbedingungen sollen zusätzlich zu den bestehenden vier zentralen verkaufsoffenen Sonntagen in Hamburg pro Jahr zwei weitere jeweils in Hamburg-Nord und den übrigen Bezirken ermöglicht werden, über deren Terminierung der jeweilige Bezirk in Absprache mit dem ansässigen Einzelhandel selbst entscheidet.
- Wir fordern die konsequente Unterstützung für den Ausbau und die Weiterentwicklung des „Medizinischen Universitätsstandortes Hamburg-Eppendorf“ durch das Bezirksamt Hamburg-Nord. Das schafft nicht nur Arbeitsplätze durch die Ansiedlung von MedTech-, BioTech- und ähnlichen Firmen, sondern fördert zugleich den Medizin- und Wissenschaftsstandort Hamburg-Nord und sichert eine exzellente medizinische Versorgung der Hamburgerinnen und Hamburger.
- Den Wochenmärkten soll es ermöglicht werden, auch an Abenden stattzufinden, um den geänderten Einkaufsgewohnheiten der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Deshalb schlagen wir die Einführung eines Abendmarktes zum Beispiel auf dem Bert-Kaempfert-Platz in Barmbek oder dem Langenhorner Markt vor.
- Um wohnortnahen Handwerkerservice zu gewährleisten wollen wir, dass auch innerstädtische Gewerbeflächen für das Handwerk wieder neu ausgewiesen werden, damit der Klempner nicht aus zum Beispiel Oststeinbek kommen muss.
- Die Flughafen Hamburg GmbH gehört zu den wichtigsten Arbeitgebern und Steuerzahlern der Stadt. Ihr müssen unter Einhaltung der Nachtflugbeschränkung auch weiterhin Entwicklungschancen ermöglicht werden. Das schließt auch das luftfahrtaffine Gewerbe ein.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Außengastronomie in Hamburg-Nord auch in den Wintermonaten genehmigt wird. Es ist nicht einzusehen, warum die Verwaltung regelt, wann Menschen im Freien essen und trinken dürfen und wann nicht.
- Zur Stärkung der lokalen Einzelhandelsstandorte wollen wir, dass die Marketinginitiativen von Gewerbetreibenden in einzelnen Straßen und Quartieren, stärker als dies bisher geschieht, gefördert und unterstützt werden.
- Die Fläche an der Osterfeldstraße in Eppendorf wollen wir als wichtigen Standort für wohnortnahes Gewerbe weiterentwickeln. Bestrebungen an dieser Stelle überwiegend Wohnungsbau zu betreiben, halten wir für falsch.

## **Jugend und Soziales**

Wir Freie Demokraten glauben an den mündigen Bürger, der selbstbestimmt Entscheidungen für sich trifft und Verantwortung für andere übernimmt. Uns ist aber bewusst, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist – insbesondere Kinder und



Jugendliche benötigen staatliche Hilfe und Unterstützung, falls ihr Elternhaus diese mal nicht leisten kann. Um gerade den Jüngsten von uns eine Perspektive auf ein unabhängiges Leben in Würde und Freiheit zu geben, setzen wir uns vor Ort unter anderem für folgende Projekte ein:

### Stärkung der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Es gibt in unserem Bezirk bereits einige Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA). Fast alle leiden jedoch an erheblichem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, wodurch ihre wertvolle Arbeit wesentlich erschwert wird. Wir fordern daher:

- Alle Institutionen der OKJA sollen mit mindestens zwei, statt wie bisher anderthalb, Planstellen besetzt werden. Eine chronische Unterbesetzung wird weder unseren Kindern noch ihren Betreuern gerecht. Sofern eine qualifizierte Besetzung freier Stellen nicht zeitnah möglich ist, muss die weitergehende Auslagerung von Aufgaben der Jugendhilfe auf freie Träger geprüft werden.
- Die Sozialbehörde muss endlich für reale und nicht nur pauschale Lohnerhöhungen für die Beschäftigten sorgen. Nur so schaffen wir einen echten Anreiz, dass Menschen auch in Zukunft diese wichtige Aufgabe übernehmen wollen.
- Die Jugendhilfe in den Projekten muss Vorrang vor direkten Zahlungen von Hilfen in der Erziehung bekommen.
- Kürzungen in diesem Bereich lehnen wir ab; insbesondere soll das zwischenzeitlich von erheblichen Einsparungen bedrohte Kinder- und Familienzentrum in Barmbek (KiFaZ) in seinem derzeitigen Bestand dauerhaft gesichert werden.
- Im Rahmen der Initiative „105 Kinderschutzbeauftragte für 105 Stadtteile“ setzen wir uns dafür ein, dass jeder der 13 Stadtteile unseres Bezirks mindestens einen Kinderschutzbeauftragten erhält, der als gut bekannte Vertrauensperson eine niedrigschwellige Alternative zu Jugendamt und Polizei darstellen kann.

### Schutz unserer Kinder – im Netz und vor der Haustür

Gefahren kann man nicht komplett vermeiden. Auch kleine Menschen muss man nicht vor allem behüten, aber mit ein paar einfachen Maßnahmen kann man für ihre Sicherheit bereits viel erreichen:

- Wir wollen QR-Codes auf Kinderspielplätzen anbringen, die beim Fotografieren auf dem Handy automatisch auf Aufklärungswebsites zum Thema Kinderschutz im Internet verlinken. Die Idee geht auf den Kinderschutzbund Schweiz zurück und hilft Eltern, sich mit einem einzigen



Klick über Gefahren im Netz für ihre Kleinen zu informieren – insbesondere über diejenigen, die sich aus dem unbedachten Hochladen von Kinderfotos ergeben können.

- Zur Verbesserung der Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr sollen insbesondere Tempo-30-Zonen um Schulen konsequent durchgesetzt werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, den Schulweg durch den Einsatz von Ampelblitzern und Schülerlotsen noch sicherer zu machen. So können wir erreichen, dass Kinder auch ohne (motorisierte) Begleitung ihrer Eltern zur Schule gelangen können – das stärkt ihre Selbstständigkeit und schont zudem unsere Umwelt!
- Weitere Schulhöfe sollen generell an den Nachmittagen und Wochenenden für die Kinder zum Spielen geöffnet werden.

Belasten wir unsere Kitas und unsere Verwaltung nicht mit unnötiger Bürokratie!

Auf Senatsanweisung ist das Bezirksamt verpflichtet, von Kitas ohne ausreichende Außenspielfläche Gebühren für die Nutzung der ihnen eigens zugewiesenen öffentlichen Spielplätze zu verlangen. Diese Gelder werden im Rahmen des ‚Kita-Gutschein-Systems‘ zuvor den Kitas über die Position ‚Teilentgelt Gebäude‘ zur Verfügung gestellt. Wir wollen die Kitas von diesen Gebühren wieder befreien und gleichzeitig die entsprechende Zuwendung durch die Stadt stoppen. Damit würde überbordende Bürokratie abgebaut und die eingesparten Gelder können zum Beispiel für die Pflege der Spielplätze genutzt werden.

Obdachlosigkeit auch vor Ort bekämpfen

Die FDP Hamburg-Nord setzt sich dafür ein, dass weitere Wohnungen für Jugendliche und junge Erwachsene bereitgestellt werden, um diese vor den Gefahren der Straße zu bewahren und ihnen eine neue Heimat zu geben. Dazu haben viele Städte in Deutschland, vor allem aber auch in Finnland, gute Erfahrungen gemacht.

## **Bildung**

Wir Freie Demokraten Hamburg-Nord fordern eine Schullandschaft, die unterschiedlichen Konzepten an staatlichen und privaten Schulen Raum gibt, um den vielfältigen Talenten der einzelnen Kinder gerecht zu werden. Kinder brauchen darüber hinaus Freiraum für Gestaltung außerhalb der Unterrichtszeit. Dieser ist fachübergreifend wichtig für jede Ausübung von Sport, Musik, bildende Kunst und anderen Fachrichtungen. Offene Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), wie zum Beispiel Jugendclubs, Bauspielplätze oder Jugendverbände, bieten die Freiräume, in der Kinder und Jugendliche ihre Freizeit selbstbestimmt und weitgehend selbstorganisiert gestalten können.

- Der Schulsport soll mehr Zeit und Raum bekommen und enger mit den Sportvereinen verzahnt werden, damit das Angebot für den Breitensport für Kinder und Heranwachsende gesundheitsfördernd vergrößert wird. Wir streben an, dass hierfür die Nutzung der schulischen Sportanlagen früher an Nachmittagen als bisher möglich sein soll, soweit dies möglich ist.
- Es muss auch weiterhin sichergestellt werden, dass für diejenigen Kinder, die keine Ganztagschule besuchen wollen, alle Schulformen auch im Halbtagsbetrieb mit angemessenem Schulweg erreichbar sind.
- Jede Schule sollte in der Lage sein, Kindern mit unterschiedlichster Behinderung die barrierefreie Nutzung sämtlicher Schulanlagen und technischen Gerätschaften zu ermöglichen. Wir Freie Demokraten Hamburg-Nord setzen uns deshalb weiterhin verstärkt für den Umbau zu barrierefreien Schulen ein.
- Im Pergolenviertel fehlt bisher ein Grundschulangebot. Im Sinne von „Kurze Wege für kurze Beine“ ist hier daher die Neugründung einer Grundschule notwendig.
- Für den wachsenden Stadtteil Groß Borstel muss sichergestellt werden, dass es ein weiterführendes Schulangebot, zum Beispiel in Form einer Stadteilschule, gibt.
- Wir fordern, den Tag der Einschulung in Hamburg zukünftig regelhaft an einem Sonnabend stattfinden zu lassen. Für viele Familienmitglieder, Freunde und Angehörige stellt der bisherige Einschulungstermin an einem Dienstag eine Herausforderung dar. In einigen anderen Bundesländern ist dies deutlich familienfreundlicher geregelt.
- Der selbst zurückgelegte Weg zur Schule stärkt Kinder in der Entwicklung zu eigenständigen Individuen. Hier fordern wir: eine verstärkte Beseitigung von Gefahr- und Risikostellen im Umkreis von Schulen, die Förderung von Maßnahmen zur Verkehrserziehung für Kinder und Eltern (zum Beispiel mit dem „Laufbus“) und die verstärkte Bekämpfung von verkehrgefährdendem Parken im Umfeld von Schulen. Zudem bedarf es einer besseren Ausleuchtung der Schulwege.
- Wir Freie Demokraten fordern eine engere Verzahnung zwischen weiterführenden Schulen und Ausbildungsbetrieben vor Ort. Für eine bessere Vernetzung und Orientierung ist eine stärkere Nutzung bestehender Beratungsangebote (zum Beispiel KOMPASS von der Bundesagentur für Arbeit sowie Handels- und Handwerkskammer) vorteilhaft.

## **Kultur**

Angebote der Stadteilkultur schaffen für die Bürgerinnen und Bürger einen Ausgleich von der Arbeitswelt, stiften Sinn und regen an, sich mit dem eigenen Umfeld zu befassen. Im Kontext unserer sich wandelnden Gesellschaft haben die Kultureinrichtungen und zum Beispiel auch die Bürgervereine unseres Bezirkes mit ihren

vielfältigen Angeboten einen sehr wichtigen Anteil der Integrationsarbeit übernommen. Sie bieten Hilfestellung für jedermann durch Unterhaltung, Kultur und Schulungen. Die Kulturförderung ist daher eine der wichtigsten Aufgaben der bezirklichen Politik. Kultureinrichtungen und andere wichtige Institutionen in den Stadtteilen dürfen nicht alle zwei Jahre neu ums Überleben kämpfen müssen.

- Die Geschichtswerkstätten als historisches Gedächtnis der Stadtteile müssen besser ausgestattet werden, damit sie ihrer Aufgabe nachkommen können, das Wissen über das Vergangene für die Zukunft zu bewahren und aufzuarbeiten. Hier trägt das Ehrenamt eine herausragende Rolle, die gewürdigt werden muss.
- Das gleiche gilt auch für die Bürger- und Kulturhäuser. Ihre Finanzierung muss der Entwicklung der Kostensteigerungen angepasst werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Langenhorn – der achtgrößte Hamburger Stadtteil – ein zentrales Veranstaltungs- und Versammlungshaus als soziales und kulturelles Zentrum erhält.
- Weiterhin fordern wir für Alsterdorf und Ohlsdorf jeweils eine Stadtteilkultureinrichtung mit Veranstaltungsräumen.
- Wir Freie Demokraten Hamburg-Nord fordern für Groß Borstel wieder eine eigene Bücherhalle, da die nächstgelegenen Bücherhallen in Niendorf oder Eppendorf gerade für Kinder und Jugendliche nur schwer erreichbar sind. Als Standort kommt insbesondere das Stavenhagenhaus in Betracht.
- Das Museum der Arbeit, das in einer Industrie- und Handelsstadt wie Hamburg einen wichtigen Bereich der Geschichte abbildet, muss in seiner Arbeit weiter unterstützt werden. Wir lehnen Überlegungen auf Landesebene ab, hier weitere Einschnitte vorzunehmen.
- Wir Freie Demokraten Hamburg-Nord setzen uns dafür ein, dass jedes schulpflichtige Kind in Hamburg mindestens einmal an einer altersangemessenen und pädagogisch wertvollen Vorstellung im Planetarium Hamburg teilnehmen kann. Dies soll bereits während der Grundschulzeit ermöglicht werden. Hierfür muss es, analog zum Besuch der Elbphilharmonie, ein strukturiertes Programm seitens der zuständigen Fachbehörden in Zusammenarbeit mit den Schulen geben. Zudem fordern wir, dass der Besuch fächerübergreifend vor- und nachbereitet wird. Mögliche ergänzende Ausstattungsbedarfe sollen dem Planetarium entsprechend zur Verfügung gestellt werden.

## **Sport und Freizeit**

Sport und Freizeit sind sowohl in organisierter Form als auch ohne Vereinsgerüst für die Menschen wichtig, weil sie Erholung vom Alltag bieten und soziales Miteinander einüben. Die Sportvereine leisten mit ihren vielen ehrenamtlich tätigen Menschen eine Jugendarbeit, deren Wert für die Gesellschaft nicht hoch genug geschätzt werden kann.

Auch die Integrationsarbeit, die von den Vereinen geleistet wird, ist von eminenter Wichtigkeit.

- Die Sporthallen im Bezirk Hamburg-Nord sollen länger in die Abendstunden hinein von den Vereinen genutzt werden können. Da in den meisten Schulen ohnehin keine Hausmeister mehr vor Ort sind, gibt es auch keinen Grund mehr, den Hallenschluss auf 22.00 Uhr festzulegen.
- Das Stadtparkbad muss konsequent weiter saniert werden, damit es auch zukünftig ein attraktiver Anziehungspunkt in der Mitte unseres Bezirkes bleibt.
- Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass es weitere frei zugängliche Boule-Anlagen gibt, um den Anhängern dieses immer beliebteren Spiels die Ausübung ohne großen Organisationsaufwand zu ermöglichen.
- Wir wollen, dass die städtische Bäderland Hamburg GmbH die Nutzungszeiten für Schulen und Vereine digital einsehbar macht, um Transparenz für interessierte Vereine herzustellen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass mehr regenfeste Tischtennisplatten, zum Beispiel am Alsterwanderweg, in unserem Bezirk aufgestellt werden. Dies belebt die öffentlichen Plätze und fördert neben der Bewegung auch die Gemeinschaft.
- Wir befürworten die Schaffung von festen Einsetzpunkten für Kanus und Stand-Up Paddles (SUP) an den bezirklichen Gewässern, um Umweltschutz und Freizeitsport miteinander zu vereinbaren
- Der Bezirk Hamburg-Nord soll aus Sicht der Freien Demokraten ein Stadion erhalten. Wir fordern daher den Umbau der Jahnkampfbahn, sodass sie für Football und andere Sportarten sowie für größere Zuschauerzahlen geeignet ist.

## **Gesundheit**

Wir Freie Demokraten in Hamburg-Nord streben eine wohnortnahe, qualitätsgesicherte, patientenorientierte und bedarfsgerechte medizinische Versorgung an. Ansätze einer länderübergreifenden Kooperation zwischen Hamburg-Nord und Schleswig-Holstein sollten ausgebaut werden.

Die Gesundheitsversorgung im Bezirk Hamburg-Nord muss jederzeit gewährleistet sein. Die Kontrollen in und von Pflegeeinrichtungen müssen effektiver werden. Bei der Änderung des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes wurde aus unserer Sicht ein falscher Schwerpunkt bei der Verteilung umfangreicher finanzieller Mittel bewirkt: Statt enorme Beträge in die Kontrolle der Pflegeleistungen zu investieren, wäre es sinnvoller, dieses Geld in die Pflege selbst zu investieren. Die Mängel, die in der Pflege festzustellen sind, treten insbesondere auf, weil zu wenig Geld für eine angemessene Bezahlung von Pflegekräften zur Verfügung steht und sich auch deshalb zu wenige Menschen für diesen Beruf entscheiden. Zudem muss die Art der Kontrollen geändert werden: Es sollte mehr die Qualität der Pflege als die formale Dokumentation

überwacht werden.

Um die Gesundheit der Kinder zu verbessern, fordern wir Freie Demokraten den Ausbau von Bildungs- und Aufklärungsangeboten im Bereich Prävention. Dies ist uns wichtig, da solche Maßnahmen früh ansetzen müssen, um gesundheitlichen Fehlentwicklungen zu begegnen. Kinder müssen dabei die Chance erhalten, altersgerecht selbst Wissen über gesundheitsbewusstes Verhalten zu erlangen. Die gesundheitliche Versorgung und Begleitung der Kinder in Hamburg ist durch überlastete Kinderarztpraxen und unterbesetzte schulärztliche Dienste gefährdet. Die Situation verschärft sich durch die erfreulich steigende Anzahl von Kindern in unserem Bezirk. Die individuelle Inklusion von Menschen mit Behinderungen muss durch eine umsichtige Bezirkspolitik verbessert werden.

- Wir Freie Demokraten Hamburg-Nord fordern die Verbesserung der Kooperation mit Schleswig-Holstein in der medizinischen Versorgung, auch in Notfällen.
- Die ambulante und stationäre Versorgung im Bezirk soll stärker verzahnt werden.
- Wir wollen, dass der kassenärztliche Planungsbezirk Hamburg in kleinere Einheiten aufgeteilt wird, mit dem Ziel, die wohnortnahe Versorgung zu erhalten.
- Die gesundheitliche Prävention muss optimiert und weiter ausgebaut werden.
- Wir brauchen mehr und effiziente Fördermaßnahmen in der Aufklärungsarbeit und Bildung rund um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.
- Wir setzen uns für die Förderung bestehender und die Schaffung weiterer betreuter Wohngemeinschaften ein.
- Fahrdienste für Menschen mit Behinderung müssen weiter ausgebaut werden, insbesondere für die Abendstunden.
- Wir fordern eine effektive, regelmäßige Überprüfung von Heimen und die transparente Veröffentlichung der Ergebnisse. Die Kontrollen müssen auch unangemeldet erfolgen.

## **Senioren**

Mittendrin bleiben im Leben, mitmachen und mitgestalten – das will man doch bis ins hohe Alter! Das wünschen sich „junge Alte“ genauso wie ältere Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Deshalb setzen wir uns in unseren Stadtteilen dafür ein, Voraussetzungen zu entdecken, zu fördern und umzusetzen, die allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern der älteren Generation eine aktive gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Damit diese Ziele erreicht werden können, sorgen wir dafür, dass die Menschen der älteren Generation verpflichtend und dauerhaft bei der Gestaltung unseres Bezirkes mit einbezogen werden. Den gleichen

Anspruch erheben wir für alle Menschen mit Behinderungen.

## Mobilität und Sicherheit

Baumaßnahmen im öffentlichen Raum und für öffentliche Gebäude – egal welcher Art – sollen grundsätzlich so geplant werden, dass die Bedürfnisse auch der älteren Generation und der schwerbehinderten Bürger berücksichtigt sind. Insbesondere wollen wir Folgendes durchsetzen: barrierefreie sichere Fußwege, eindeutig vom Straßen- und Fußgängerverkehr getrennte Fahrradstreifen mit seitlichen Barrieren/Bordsteinkanten, barrierefreie Zugänge zu Parks, Häusern und Fahrstühlen sowie Türen mit Tastern inklusive Zeitschaltern zum Öffnen. Dafür fordern wir, dass der Bezirks-Seniorenbeirat Hamburg-Nord, früh und verbindlich in die Planungen einbezogen wird.

- Wir setzen uns für Verhandlungen mit den Taxi-Unternehmen ein, um die unzureichende Anzahl von ‚Rolli-Taxen‘ – derzeit nur knapp 40 Wagen für ganz Hamburg – für Menschen mit eingeschränkter Mobilität zu erhöhen.
- Für schwerbehinderte und ältere Menschen wollen wir uns dafür einsetzen, den ÖPNV-integrierten On-Demand-Service ‚ioki‘ in allen Stadtteilen einzuführen. Dieser Service mit kleinen Fahrzeugen ist in den öffentlichen Personenverkehr integriert. So kann er einfach mit einem ‚HVV-Ticket plus‘ zu einem moderaten Aufpreis pro Fahrt und Person genutzt werden.
- Insbesondere für schwerbehinderte, stark immobile Personen setzen wir uns für einen Kostenzuschuss durch die Stadt Hamburg für die Nutzung von Taxen ein.
- Im Stadtradverleih fordern wir – mit finanzieller Unterstützung des Bezirks – die Etablierung eines Angebots von Dreirädern. Diese geben gerade älteren Menschen mehr Stabilität und Sicherheit im Radverkehr.

## Wohnen

- Wir Freie Demokraten Hamburg-Nord wünschen, dass ältere Menschen so lange wie möglich ihren Lebensabend in den eigenen vier Wänden verbringen können. Dazu fordern wir, die behördlichen Anstrengungen so zu verstärken, dass dies möglich ist.
- Zukünftige Wohnungsbaumaßnahmen sind auf die Möglichkeit generationenübergreifender Nutzungsmöglichkeiten hin zu prüfen. Bei positivem Bescheid sind diese entsprechend umzusetzen. Dabei ist es uns wichtig, dass ein harmonisches Miteinander im Sinne von Nachbarschaftshilfe und Patenschaften zwischen Alt und Jung und Jung und Alt zur Selbstverständlichkeit wird. Hier wollen wir entsprechende Systeme etablieren.
- Entscheiden sich ältere Bürger für einen Wohnungswechsel von einer für sie zu groß gewordenen Wohnung in eine bedarfsgerechte kleinere Wohnung,

setzen wir uns bei Bedürftigkeit für eine finanzielle Unterstützung für die ihnen daraus entstehenden Kosten ein.

## Gesundheit und Pflege

- Die halbjährliche interne Qualitätsprüfung von Senioren- und Behindertenheimen wollen wir als Aushang in diesen Heimen und im Netz öffentlich machen.

## Sozialraum

- Wir Freie Demokraten Hamburg-Nord wollen den öffentlichen Raum mit Nachdruck senioren- und behindertengerechter gestalten. So sollen unter anderem großräumig Wasserspender angeboten und mehr behindertengerechte öffentliche Toiletten installiert werden. Ausgewiesene Toilettennutzung soll auch durch Verträge mit Gastronomen gesichert werden. Zudem setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass flächendeckend altengerechte Sitzmöglichkeiten und Sportgeräte aufgestellt werden.
- Wir wollen Entscheider für Veranstaltungen verpflichten, Barrierefreiheit durchzusetzen.
- Eine gute Wartung der Quartiere ist gerade für alte und behinderte Menschen entscheidend dafür, wie selbstständig sie sich in ihrem Umfeld bewegen können. Deshalb dürfen zum Beispiel Gehwege keine Stolperfallen aufweisen und Radwege nicht zu eng sein. Auch Unrat muss beseitigt werden. Eine Voraussetzung dafür ist der Einsatz von qualifizierten Wegewarten.

## Kultur

Die Stadtteilkultur in allen Sparten wie Musik, Tanz, Theater, Literatur, Kunst, Kinofilm und Geschichte ist eine unverzichtbare Grundlage für das Zusammenleben und friedliche Miteinander aller Bevölkerungsgruppen in unseren Stadtteilen. Stadtteilkultur belebt die Wohnquartiere und trägt zur Lebensqualität bei. Wir Freie Demokraten Hamburg-Nord haben den Anspruch, dass Stadtteilkultur generations- und milieübergreifend offen sein muss. Wir fordern deshalb, Stadtteilkultur durch behördliche Mitfinanzierung zu stärken. Allen – auch älteren Bürgerinnen und Bürgern – mit geringem Einkommen sind attraktive Angebote zu erschwinglichen Ticketpreisen zu ermöglichen.

## Querschnittsbereich Digitalisierung

Die fortschreitende Digitalisierung stellt gerade ältere Menschen nicht selten in vielen Bereichen des Alltags vor Herausforderungen, ihre Bedürfnisse mühelos erfüllen zu



können. Sehr viele haben zum Beispiel Probleme beim Ticket-Kauf, bei der Erledigung von Bankangelegenheiten oder der Kommunikation mit Behörden. Wir Freie Demokraten Hamburg-Nord setzen uns konsequent dafür ein, dass im Zuge der Digitalisierung niemand gesellschaftlich zurückgelassen wird. Aber genauso setzen wir uns dafür ein, dass der „Digitalzwang“ niemanden nötigt, sich an digitalen Prozessen beteiligen zu müssen. Deshalb fordern wir:

- Analoge Alternativen zu digitalen Angeboten für behördliche Aktivitäten (Termine, Anträge) bleiben aufrechterhalten, solange es Bedarf gibt.
- Für die persönliche Beratung in Behörden werden Hotspots eingerichtet, die den Umgang mit digitalen behördlichen Prozessen erklären (Termine, Anträge etc.).
- Kostenfreie Grundkurse und Beratungen für bedürftige ältere und behinderte Menschen im Umgang mit digitalen Medien, wie zum Beispiel Smartphone, Tablets und Internet, müssen sichergestellt werden.
- Freies WLAN ist in allen Seniorenwohnanlagen einzurichten.
- Finanzielle Zuwendungen für Schulung und Beratung im Umgang mit digitalen Anwendungen müssen bei Bedürftigkeit gleichermaßen für Jung und Alt, gesund und behindert, zur Verfügung gestellt werden.

## **Verwaltungshandeln und Bürgerbeteiligung**

Die Verwaltung ist kein Selbstzweck, sondern sie ist für die Menschen da. Das bedeutet für uns, dass einzelne Verwaltungsaufgaben organisatorisch dort angesiedelt sein müssen, wo auch die politische Verantwortung für das Handeln liegt.

- Wir fordern die Einrichtung eines neuen Dezernates „Sicherheit und Ordnung“ als kommunales Ordnungsamt. Dort sollen sowohl der Katastrophenschutz als auch ein verstärkter bezirklicher Ordnungsdienst, der eben nicht nur Knöllchen schreibt, und auch die Untere Straßenverkehrsbehörde, die derzeit in der Zuständigkeit der Polizei liegt, gebündelt werden.
- Weiterhin fordern wir eine umfassende Überprüfung der Arbeitsabläufe und Systematiken in den Bezirksämtern. Dabei soll besonders auf den Einsatz digitaler Hilfsmittel und künstlicher Intelligenz geachtet werden, um Effizienz und Schnelligkeit in der gesamten Verwaltung zu steigern. Ziel ist es, durch diese Maßnahmen eine schlankere Verwaltung zu erreichen, indem Doppelstrukturen innerhalb der Ämter konsequent abgeschafft werden.
- Wir Freie Demokraten Hamburg-Nord fordern, dass weiter an der One-Stop Strategie gearbeitet werden muss, das heißt: Einmal zum Amt gehen und dann alles erledigen können.
- Die Möglichkeiten mit der Verwaltung digital zu kommunizieren und Anträge auch am heimischen PC oder mit dem Mobiltelefon zu stellen, müssen deutlich verbessert werden. Es bedarf auch eines wesentlich verbesserten

Internetauftritts der Bezirksversammlung und des Bezirksamts. Digitale Inhalte müssen dort auch in weiteren Sprachen (zum Beispiel Türkisch, Russisch) und in einfacher, das heißt barrierefreier, deutscher Sprache zur Verfügung stehen.

- Das Fachamt Bauprüfung im Bezirksamt soll personell gestärkt werden und die Abläufe sachlich und digital gestrafft werden, um die langen Wartezeiten auf Erteilung einer Baugenehmigung deutlich zu verringern.
- Wettbewerb stärken bei bezirklichen Vergaben, Die FDP setzt sich dafür ein, dass bei Vergaben regelmäßig neue, bisher nicht berücksichtigte Unternehmen bei der Abgabe von Geboten berücksichtigt werden.

## Bürgerbeteiligung

Die Beteiligung der Menschen an den Entwicklungen in ihren Stadtteilen beschränkt sich heute nicht mehr nur auf die Teilnahme an Wahlen oder Abstimmungen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wollen sich für ihren Stadtteil engagieren. Dies zeigt sich auch an der wachsenden Zahl von Stadtteileräten im Bezirk.

- Wir wollen die Arbeit der Stadtteileräte weiter fördern, denn sie sind ein niedrigschwelliger Zugang zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung ihres eigenen Stadtteils.
- Wir Freie Demokraten Hamburg-Nord setzen uns für das passive Wahlrecht ab 16 Jahre ein.